I1 Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Gremium: Landesvorstand, Katharina Schulze (KV München), Cemal Bozoglu (KV Augsburg-Stadt), Florian Siekmann (KV München), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt)
Beschlussdatum: 22.01.2024
Tagesordnungspunkt:

Unsere Demokratie steht von vielen Seiten unter Druck – aus dem Ausland und aus dem Inland. Die Bedrohung für unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wächst. Der Rechtsrutsch in unserem Land nimmt an Fahrt auf. Die Anzahl antisemitischer Vorfälle hat sich stark erhöht. Die neuesten Veröffentlichungen der Correctiv-Recherche "Geheimplan gegen Deutschland" vom 10. Januar 2024 zeigen die menschenverachtenden Pläne rechtsextremer Akteure auf. Bei einem Geheimtreffen in der Nähe von Potsdam haben AfD-Politiker*innen, Aktivisten der ‚Identitären Bewegung', rechtsextreme Burschenschaftler, Mitglieder der ‚Werteunion', Verbandsfunktionäre und mittelständische Unternehmer über einen ‚Masterplan' beraten. Demnach wollen sie in einer großangelegten Deportation Millionen Menschen aus Deutschland vertreiben, die nicht ihrem völkischen, rassistischen Verständnis von deutscher Staatsbürgerschaft entsprechen. Das ist eine existentielle Bedrohung für Millionen von Menschen in Deutschland. Damit greift diese Gruppe Grundüberzeugungen unserer Verfassung auf radikale Weise an. Das erfordert unser sofortiges und entschiedenes Handeln.

Es braucht Bürger*innen, die sich einmischen und engagieren. Die einstehen für unsere Grundwerte und für unsere Freiheit. Es braucht starke Institutionen und eine starke Zivilgesellschaft. Und es braucht Parteien, die sich über alle Parteigrenzen hinweg klar abgrenzen gegen Demokratiefeinde, Antisemiten und Rassisten. Parteien, die unsere Demokratie robust verteidigen. Parteien, die nicht die Feinde der Demokratie hofieren, indem sie ihre Scheinargumente übernehmen oder gar Kooperationen schmieden. Und es braucht Parteien, die immer wieder deutlich machen: Wir sind mehr. Wir GRÜNE begrüßen die vielen Demonstrationen für die Demokratie in ganz Deutschland in den vergangenen Wochen.

Als Demokrat*innen müssen wir über alle Parteigrenzen hinweg zusammenhalten gegen diese Feinde unserer Freiheit. Wir streben eine breite demokratische Koalition gegen die rechtsextremen Feinde unserer Demokratie an, sind gesprächsbereit für Ideen und bringen uns mit unseren Vorschlägen aktiv in die

Debatte ein.

Als Bayerische GRÜNE setzen wir uns für einen 6-Punkte-Plan zur Stärkung der Demokratie in Bayern ein:

1. **Bayerische Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Antisemitismus:** Diese Strategie fußt auf Prävention, Demokratieförderung, Deradikalisierung und effektiver Gefahrenabwehr. Wir nehmen auch die neuen Formen des Rechtsextremismus in den Blick und arbeiten grenzüberschreitend zusammen, um sie zu bekämpfen. Rechtsextremisten müssen konsequent entwaffnet und der Fahndungsdruck gegenüber untergetauchten Neonazis und Rechtsextremisten massiv erhöht werden. Bayern braucht eine konsequente Erfassung und Verfolgung von Gewalt und Hetze im Internet. Dafür richten wir eine flächendeckende virtuelle Polizeiwache ein, bei der alle Menschen online Strafanzeige gegen Hass im Netz stellen können.

2. **Gut ausgestattete und bürgernahe Sicherheitsbehörden:** Die Polizei muss mit den Mitteln ausgestattet sein, die sie braucht, um effektive und grundrechtssensible Gefahrenabwehr zu betreiben und Straftaten erfolgreich aufzuklären. Es braucht deshalb flächendeckend mehr Personal und moderne Technik. Bei Ausrüstung und Dienstgebäuden lösen wir den Investitionsstau auf. Wir intensivieren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden im Ausland und in anderen Bundesländern, denn Kriminalität macht nicht an der Grenze halt. Wir benötigen auch mehr IT-Spezialist*innen und schulen die Beamt*innen flächendeckend in diesem Bereich, denn viele Taten werden online begangen und müssen dort auch verhindert oder aufgeklärt werden. Wir werden deshalb die personellen Kapazitäten und die fachlichen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden deutlich verbessern, damit sie Hasskriminalität, Antisemitismus und rechtsextreme Aktivitäten im Netz besser analysieren und verfolgen können.

3. **Mehr Demokratie schon in Kindergarten und Schule:** Wir wollen die demokratischen Grundregeln bereits in der frühkindlichen Bildung in Bayern lehren, lernen und erlebbar machen. Denn Bildungseinrichtungen sind zentrale Erfahrungsorte der Demokratie. Kinder sollen in ihrem Alltag in einer Kultur der Mitbestimmung aufwachsen. Deshalb stärken wir auch die Jugendbeteiligung in allen Schulformen. Jugendliche können bei demokratischen Projekten mitstimmen und lernen so, demokratische Verantwortung zu übernehmen. Und sie erfahren, dass verschiedene Meinungen eine Bereicherung sind und dass in einer Gemeinschaft auch Minderheiten geachtet und eingebunden werden sollten. Wir wollen mehr Zeit für politische Bildung an allen Schulformen und in den unterschiedlichsten Fächern. Dafür wollen wir auch unsere bayerischen Lehrkräfte entsprechend fortbilden. Mit einem Landesprogramm für Demokratievermittlung machen wir allen Bildungseinrichtungen ein Angebot, wie sie altersgerechte Projekte niedrigschwellig umsetzen können. Das Ziel: In kleinen, aber wertvollen

Schritten Demokratie greifbar machen und Medienkompetenz fördern. Wir wollen, dass Kinder früh lernen, Fakten von Meinungen zu unterscheiden, und dass sie die Fähigkeit entwickeln, mit demokratiegefährdenden Desinformationen souverän umzugehen.

4. **Engagierter Einsatz gegen Lügen und Verschwörungsmythen:** Gesellschaftliche Krisen und unsichere Zeiten erleichtern die Verbreitung von „Fake News" und Verschwörungsmythen. Durch Social Media verbreiten sie sich heutzutage viel schneller und sind in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähiger geworden. Bayern braucht eine nachhaltige Strategie gegen die Verbreitung kruder und oft antisemitisch geprägter Verschwörungsideologien und gegen die Gefahr einer Querfront aus verschwörungsideologischen, rechts- und linksextremen Akteur*innen. So legen wir die Vernetzungen der verschiedenen Akteure offen und stärken sachliche zivilgesellschaftliche Aufklärungsarbeit und Präventivangebote. Es ist notwendig, mehr wissenschaftliche Erkenntnisse über neue Formen von Online-Radikalisierung zu fördern und die Mitarbeitenden von Sicherheitsbehörden weiterzubilden über Inhalte, Codes und Wirkungsweisen von Verschwörungsideologien. Nicht zuletzt brauchen wir eine dauerhafte, infrastrukturelle Finanzierung für zivilgesellschaftliche Initiativen zur Stärkung der Demokratie und gegen Verschwörungsmythen.

5. **Vielfalt stärken:** Die Vielfalt der Menschen in unserem Land ist seit jeher eine Stärke Bayerns. Wir setzen uns aktiv dafür ein, Vielfalt in allen Bereichen zu fördern, so dass alle Menschen sicher und diskriminierungsfrei miteinander leben und arbeiten können: Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Religionszugehörigkeit, verschiedenen Alters, verschiedener Hautfarben, mit unterschiedlicher sexueller Identität oder Orientierung sowie Menschen mit und ohne Behinderungen, mit sichtbaren oder unsichtbaren Einschränkungen. Mit uns gibt es ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz, einen Landesaktionsplan gegen Diskriminierung und Rassismus und eine landesweite Bayerische Antidiskriminierungsstelle, wie sie in anderen Bundesländern schon lange die Regel ist. Zivilgesellschaftliche Beratungsangebote für Opfer rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Gewalt müssen in ganz Bayern ausgebaut und besser ausgestattet werden. Außerdem legen wir ein bayerisches Förder- und Aktionsprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft auf. Das Ehrenamt ist bei uns in Bayern eine tragende Säule des Miteinanders und ein gesellschaftlicher Kitt. Hier wollen wir mehr Wertschätzung und mehr Unterstützung liefern und ermöglichen, dass alle Menschen in Bayern sich bei ihrem ehrenamtlichen Engagement begegnen.

6. **Hass ist keine Alternative für Deutschland:** Die AfD ist eine in großen Teilen rechtsextreme Partei, die den Boden unseres Grundgesetzes verlassen hat. In den vergangenen fünf Jahren hat die AfD mit ihren Anträgen und hetzerischen Reden im Bayerischen Landtag sowie auch in den bayerischen

Kommunalparlamenten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie für unsere Demokratie und unsere Verfassung nur Verachtung übrig hat. Alle, denen unsere Freiheit und unsere Demokratie in Bayern am Herzen liegen, müssen sich deshalb dafür einsetzen, dass diese Partei bei uns keine Macht übernimmt – egal, ob in der Kommune, im Landkreis oder im Landtag. Deshalb befürworten die GRÜNEN weiter, dass rechtsextreme Strukturen in Bayern mit allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpft und zerschlagen werden. Nach dem Vorbild von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt muss die AfD nun endlich auch in Bayern als eine gesichert rechtsextreme Organisation eingestuft und von den Sicherheitsbehörden entsprechend behandelt werden. Bei Einstellungen und Verbeamtungen im öffentlichen Dienst müssen Mitglieder und Funktionäre der AfD auf ihre Verfassungstreue überprüft werden. Alle Möglichkeiten müssen geprüft werden, wie in Bayern die öffentliche Finanzierung der AfD und parteinaher Stiftungen der AfD beschränkt werden kann. Wir halten auch eine Prüfung eines AfD-Verbots für sinnvoll und notwendig. Wir sprechen uns dafür aus, für einen Verbotsantrag die Erfolgsaussichten gründlich zu prüfen und einen breiten Konsens herzustellen. Wir sprechen uns für eine Sammlung stichhaltiger Belege für einen Verbotsantrag und für eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz aus. Auch eine einheitliche Bewertung aller Verfassungsschutzämter ist wichtig. Das alleine reicht natürlich nicht. Demokratiebildung, klare Kante und gute Politik sind ebenfalls entscheidend.

Unterstützer*innen

Phoebe Wenta (KV Traunstein), Susanne Herrmann (KV München), Patrizia Eliani Siontas (KV Erlangen-Land), Serdar Akin (KV Augsburg-Stadt), Hannah Judith (KV Augsburg-Stadt), Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim), Christian Köhler (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Aila Maria Cäcilia Banach (KV Bayreuth-Stadt), Peter Heilrath (KV München), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Gabriele Masch (KV München), Juni Schandl (BV Grüne Jugend), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Sarah Onken (KV Ebersberg), Frank Dürsch (KV München), Sven-Torsten Gigler (KV München), Nadine Reers-Kleinhenz (KV Nürnberg-Land)